

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abzugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Annon, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. • Postfachkonto Hannover Nr. 57613 • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Viltorfstraße 46 • Tel.-Nr. 60821 • Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

Die Betriebsratswahlen mahnen:

Bergarbeiter, Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Kameraden! In den nächsten Tagen werden im deutschen Bergbau die Betriebsräte neu gewählt. Wiederum habt ihr darüber zu entscheiden, wer euch im Betrieb vertreten und eure Interessen wahrnehmen soll.

Kameraden! Ihr wißt es: nur in schweren und mühevollen Kämpfen wurden die betrieblichen Mitbestimmungsrechte errungen. Nur durch zähe gewerkschaftliche Arbeit gelang es, die frühere Willkürherrschaft in den Betrieben einzuschränken und gewisse Rechte zu erkämpfen.

Die diesjährigen Betriebsratswahlen müssen zu einem machtvollen Bekenntnis der Bergarbeiter werden. Das Wahlergebnis muß zeigen, daß die Bergarbeiter den ungeheuren Druck wirtschaftlicher und politischer Not nicht fürchten, sondern einmütig entschlossen sind, alle reaktionären Mächtschäften abzuwehren.

Das Wahlergebnis muß vor allem der Öffentlichkeit dokumentieren, daß sich die Bergarbeiter in der Stunde der Not und Gefahr nicht verwirren oder zersplittern lassen. Insbesondere müssen die parteipolitischen Geschäftemacher, die euch in diesem Jahre unter dem Deckmantel radikaler und verlogener Phrasen besonders umwerben werden, eine gründliche Niederlage erleiden.

Die Aufgaben, die den Betriebsräten gestellt sind, erfordern Funktionäre, die sich auf eine starke, gewerkschaftliche Organisation stützen, erfordern Kameraden, die über das notwendige arbeitsrechtliche Wissen verfügen und sich durch jahrelange Gewerkschaftsarbeit als feste Charaktere und vertrauenswürdige Arbeitervertreter bewährt haben. Parteipolitische Scharlatane dagegen, denen die Paragraphen des Betriebsrätegesetzes böhmische Dörfer sind, die nur auf Befehl von Parteileitungen kandidieren, um den gewerkschaftlichen Einfluß in den Betrieben zu zerbrechen, dürfen nie und nimmer eure Stimme erhalten.

Alle parteipolitischen Spekulationen zur Eroberung der Betriebe, gleichviel ob sie von rechts oder von links kommen, müssen auch in diesem Jahre an dem gesunden Urteilsvermögen der Bergarbeiter zerfallen. Genau wie in früheren Jahren, muß auch die diesjährige Betriebsratswahl zu einer gewaltigen Vertrauens- und Kundgebung für die freien Gewerkschaften werden. Bei den Wahlen gibt es deshalb nur eine Parole:

Alle Bergarbeiter müssen wählen! Kein Mann darf der Wahlurne fernbleiben!

Alle Kameraden stimmen für die sachkundigen, aufrechten und altbewährten Kandidaten des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter und treten damit ein

für den Sieg der freien Gewerkschaften Deutschlands.

Bergkumpel, wir rufen dich!

Das politische Deutschland hat sich neu formiert. Die Fronten sind seit dem 5. März folgendermaßen aufgeteilt: Die Regierungsparteien (Nationalsozialisten mit 288 und Kampffront Schwarz-Weiß-Block mit 52) zählen 340 Mandate, während demgegenüber die anderen Parteien (Sozialdemokraten mit 120, Kommunisten mit 81, Zentrum mit 73, Bayerische Volkspartei mit 19, Deutsche Volkspartei mit 2, Deutsche Staatspartei mit 5, Christlich-Sozialer Volksdienst mit 4, Deutsche Bauernpartei mit 2) insgesamt nur 307 Mandate besitzen.

Damit steht heute schon fest: Soweit es der deutschen Nation beliebt und die Entscheidung dabei ihrem freien Entschluß unterworfen bleibt, regiert sie mindestens vier Jahre.

Das wäre zwar an sich keine Besonderheit. Nach der Verfassung dauert normalerweise der Bestand jeder Regierung vier Jahre. Die Besonderheit der jetzigen Regierung gegenüber früheren wird deshalb auch mehr darin zu suchen sein, daß sie erstens einen völlig neuen Regierungskurs steuern will und zweitens als autoritäre Regierung ihre Politik auszuüben gedenkt. Der Reichstag würde demnach auf sein Recht der Gesetzgebung und Regierungskontrolle verzichten und der Regierung das Diktaturrecht einräumen müssen.

Merkt du, Kumpel, was das für dich bedeuten kann?

Du weißt doch, daß du mit deinen wirtschaftlichen und sozialen Interessen völlig abhängig bist vom Staate und den Gesetzen. Der Lohn, das Krankengeld, die Unfall- und Invalidenrenten, Urlaub, Kündigungsschutz, Arbeitsrecht — kurz alles, was den sozialen und wirtschaftlichen Lebensinhalt ausmacht, wird in Umfang und Güte durch staatliche Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen bestimmt. Damit ist das Wohl und Wehe auch des Bergmanns fast völlig der jeweiligen Staatsführung überantwortet. Ist diese Staatsführung eine autoritäre Regierung, dann entscheidet letztere nach freiem Gutdünken und Ermessen.

Was ist zu tun?

Wenn wir in Zukunft eine autoritäre Staatsführung haben, hat auch der Bergmann keine Gelegenheit mehr, durch Parteien oder durch gewählte Vertreter seine Stimme und seine Auffassung zur Geltung zu bringen. Das kann unter Umständen die Bergarbeiterschaft schmerzlich berühren. Ihr fehlt ja ohne Parlament jede direkte Verbindung zur Staatsführung. Sie könnte sich unter den neuen Verhältnissen höchstens der Mittelsmänner bedienen, die mit einer autoritären Regierung direkte Beziehungen halten können. Diese Mittelsmänner aber werden unter den neuen Verhältnissen nur sehr selten Arbeiter sein. Die führenden Funktionäre der jetzigen Regierungsparteien sind Intellektuelle, Akademiker, frühere Offiziere oder sonst gut bürgerlicher Herkunft.

Daß all diese Leute den guten Willen haben, dem Kumpel zu helfen, soll durchaus gelten dürfen. Aber sie sehen doch den Arbeiter aus einer völlig anderen Perspektive, von einem völlig anderen Standorte aus. Was not tut, ist deshalb, daß der Kumpel selbst jederzeit zu Gehör kommt. Und hier besteht für ihn nur eine Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen, und zwar über seine Organisation!

Der Bergbauindustriearbeiterverband gibt allein die Gewähr dafür, daß die Bergarbeiterinteressen auch in Zukunft nicht zu kurz kommen. Hier gilt es jetzt, alle zu sammeln, denen ihr Schicksal noch nicht gleichgültig geworden ist und die begreifen, welche Gefahren den Bergmann im großen gesellschaftlichen Interessenkampf umzingeln, besonders dann, wenn die Entscheidungen der Diktaturgewalt weniger Personen überantwortet sind.

Unter solchen Umständen wächst die Bedeutung unseres Verbandes ungeheuer. Er bietet die einzige Möglichkeit, die Gesamtstimmung und Gesamtmeinung der Bergarbeiter zu Gehör zu bringen. Er bietet aber auch die einzige Möglichkeit, die Rechte der Bergarbeiter zu wahren und zu verteidigen. Um dem Gebiete des Arbeitsrechts, des Tarifvertrags, der Sozialversicherung, des

An unsere Verbandsmitglieder!

Werte Kameraden!

In der Nacht vom 10. zum 11. März wurde unsere Verbandszentrale von einer Truppe SA-Leute aus eigener Initiative besetzt. In der gleichen Nacht wurden der Vorsitzende Susemann, die Vorstandsmitglieder Martüller und Bittner sowie der Redakteur unseres Verbandsorgans, Zimmer, in Schutzhaft genommen. Ihre Freilassung erfolgte jedoch schon am folgenden Vormittage. Da durch die Besetzung der Zentrale unsere Arbeiten etwas gehemmt waren, bitten wir, eine evtl. beschädigte Zustellung unserer Zeitung zu entschuldigen. Gleichzeitig erinnern wir daran, daß für die nächsten Wochen eine große Werbeaktion angelegt ist, von der wir erwarten, daß sie durch die treue Mitarbeit der gesamten Mitgliedschaft zu einem guten Erfolge führen wird.

Werbt von Haus zu Haus für Euren Verband und für die freigewerkschaftliche Liste zu den Betriebsratswahlen!

Der Erfolg wird unser sein, wenn alle Mitglieder es wollen und jeder Kamerad seine ganze Person für unsere gute Sache einsetzt.

Mittelt die Jaghaften auf! Seid Kämpfer und entschlossene Männer!

Bochum, den 18. März 1933.

Der Verbandsvorstand:
gez. Susemann.

Arbeitschutzes, kurz: auf allen Gebieten des Arbeitsverhältnisses, soweit dasselbe gesetzliche Regelung erfahren hat, ist unser Verband der berufene Hüter und Helfer. Von seiner Macht und seinem Einfluß hängt für den Bergmann alles ab. Unser Verband ist jetzt mehr als je der Träger des sozialen Schicksals der Bergarbeiter geworden. Diese Erkenntnis gilt es, allen ins Bewußtsein zu hämmern!

Für politische Phrasen ist in Zukunft kein Raum mehr. Worauf es ankommt, ist reale Macht. Zusammenbruch und Solidarität — das muß die unbedingte Parole werden! Jetzt muß auch der letzte Mann begreifen, was für ihn auf dem Spiele steht!

Politische Spaltungen und Trennungen darf es nicht mehr geben!

Der Interessentkampf im Betriebe mit der Verwaltung und den Besitzern verträgt solche politischen Spaltungen nicht mehr. Deshalb, Kumpel, weißt alle, die euch auf politischem Boden zum Kampf in den Betrieben sammeln wollen, zurück und laßt nur eine Forderung für euch gelten — unseren Verband!

Unser Verband ist keiner Regierung und keiner Partei verpflichtet. Parteien und Regierungen haben für ihn nur insoweit Interesse, als sie seinen Kampf um Wahrung der Bergarbeiterinteressen fördern oder hemmen. Unser Verband ist gegen jede Partei und gegen jede Regierung, die die Interessen der Bergarbeiter schädigt oder vernachlässigt. So ist er auch für jede Partei und mit jeder Regierung, die seinen Forderungen Unterstützung und Erfüllung angeheißt läßt.

Parteiinflüsse und Regierungen wechseln im Laufe der Zeit. Der Verband jedoch steht immer in gleicher Stellung: Im Kampf für das Wohl und Wehe des Kumpels!

Deshalb, Kumpel, halte unentwegt zu ihm als dem Vorkämpfer für deine sozialen Lebensverhältnisse. Tue das unabhängig von jeglicher parteipolitischer Einstellung. Am Besten laß die Partei stehen und erkenne nur noch den Verband als Vertreter an und als Träger des Kampfes um deine wirtschaftliche und soziale Rechtfertigung. Das bedeutet aber auch, daß du selbst dich einreihst in die Kampftruppe und mithelfen mußt, die große Aufgabe lösen zu können.

Den ersten Beweis für diesen deinen Willen und die Erkenntnis in das, was wir hier sagen, kannst du erbringen bei den kommenden Betriebsratswahlen. Sie werden ein Prüfstein sein für die Einsicht der Bergarbeiter in die Dinge überhaupt.

Zeigt, Kumpel, daß ihr die Zeichen der Zeit versteht und entschlossen seid, in und mit den Gewerkschaften den Stürmen zu trotzen und eure Rechte zu wahren. Im sozialen und wirtschaftlichen Interessentkampf, im Kampfe auf den Arbeitsstellen und im Betrieb um die Rechtfertigung des Arbeiters darf keine Partei-gruppe gebildet werden, die dem großen Bloß der gewerkschaftlichen Kampftruppe Abbruch tun will.

Guldet keine parteipolitische Zersplitterung! Gebt keiner politischen Betriebsratsliste die Stimme! Alle Stimmen nur den freigewerkschaftlichen Betriebsräten, den Listen des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Elsäß-lothringische Knappschaftspensionäre!

Ehemalige elsäß-lothringische Bergarbeiter, die zuletzt dem elsäß-lothringischen Knappschaftsverein in Metz angehört haben und ihre Pensionskassenanwartschaft verloren haben, können die rückständigen Anerkennungsgeldbeiträge bis zum 1. April 1933 nachzahlen und dadurch die Anwartschaft wiedererlangen. Etwaige Anfragen sind umgehend an die Ruhrknappschaft in Bochum zu richten, die auch zur Weiterleitung der Anerkennungsgeldbeiträge an den elsäß-lothringischen Knappschaftsverein bereit ist.

Appell an Hindenburg!

Im Auftrage des RGV, richtete der Vorsitzende Leipart folgenden Brief an den Reichspräsidenten:

Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Zur Bekämpfung des Trauertages, der am kommenden Sonntag das deutsche Volk in der Erinnerung an die im Kriege Gefallenen ohne Unterschied ihres politischen Glaubensbekenntnisses vereinen sollte, wendet sich der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erneut an Sie als den deutschen Führer, der in seiner Person die Heberlieferung des alten und die Würde des neuen Deutschland verbindet.

In unserem von politischen Gegensätzen zerrissenen Vaterlande sind Sie, Herr Reichspräsident, über die Grenzen der Parteien hinaus der Hauptstütze der Einheit unseres Volkes.

In dem Vertrauen, daß Sie auch heute Güter und Würde der in der Verfassung verankerten Volksrechte sind, in der Überzeugung, daß Sie auch heute gewillt und entschlossen sind, jeglicher parteipolitischen Willkür entgegenzutreten, wenden wir uns im Namen von vielen Millionen organisierten deutscher Arbeiter und ihrer Familien an Sie, der Rechtsunsicherheit Kalt zu gebieten, die in zahlreichen deutschen Städten Leben und Eigentum der deutschen Arbeiterschaft bedroht.

Der Ausgang der Wahlen vom 5. März, die Bildung einer klaren Regierungsmehrheit in den Parlamenten des Reichs und der

Völker, müßten es den Anhängern der herrschenden Parteien von selbst verbieten, das Ansehen der Regierung durch Terrorakte gegen politische Andersgestaltete zu gefährden. Es ist kein Zeichen von Mut, gegen Wehrlose die Waffe zu führen. Es galt von je als Ehrenpflicht des Soldaten, auch im Feindesland sich jeder Tätlichkeit gegen unbewaffnete Bürger zu enthalten. Dieses Gebot menschlicher Gerechtigkeit müßte erst recht im eigenen Lande Geltung haben.

Die Gewerkschaften haben sich in allen kritischen Situationen der letzten schicksalsschweren Jahrzehnte gegen den Terrorismus in jeder Form ausgesprochen, sie haben ihre Anhängerschaft dazu erzo-gen, ihre Kämpfe um den Aufbau einer neuen sozialen Lebensordnung ohne Anwendung von Gewalt zu führen. Sie haben in jeder Gefahr das Volksganze verteidigt. Ihre Mitglieder waren im Krieg wie in der Nachkriegszeit leidenschaftlich Kämpfer der Einheit und Freiheit unseres Volkes. Es widerspricht der Würde der Gewerkschaften und der Willkür der Arbeiter, die in ihnen zusammenge-schlossen sind, wenn der Bundesvorstand bei dieser Gelegenheit im einzelnen auf diese Leistungen hinweist. Aber eben weil wir uns dieser Leistungen für Deutschland bewußt sind, erwarten wir von Ihnen, Herr Reichspräsident, daß Sie Ihre ganze Macht ein-setzen, um zu verhindern, daß sich der Damm des Vaterlandes an die deutsche Arbeiterschaft in der Zerstörung des Eigentums der Gewerkschaften und in der Verfolgung ihrer Anhänger aufricht.

Die Gewerkschaft zur Reichstagswahl.

Die „Gewerkschaftszeitung“

das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, nimmt in ihrer neuesten Nummer in beachtenswerten Ausführungen zum Ausgang der Reichstagswahlen Stellung.

Die „Gewerkschaftszeitung“ macht darauf aufmerksam, daß das Reichskabinett Hitler-Hugenberg im Reichstag über eine unaantastbare regierungsjährige Mehrheit verfügt. Vom Reichspräsidenten herufen, sei die Regierung vom Wohne des Volkes befreit. Nach den Formen der Verfassung zur Macht erhoben, könne sie ihre Macht vollkommen legal ge-brauchen, und es seien in der Öffentlichkeit Stimmen laut ge-worden, die, anknüpfend an diesen verfassungsmäßigen Tatbestand, daran erinnern, daß diese der Regierung gegebenen Möglichkeiten eine Verpflichtung einschließen. Die Regierung könne im Reichstag ohne die Mühe und den Zeitverlust umständlichen Ver-handelns jedes Gesetz zur Annahme bringen, das keinen ver-fassungshindernden Charakter habe. Sie könne zum Beispiel Maßnahmen zur Beschäftigung der Arbeitslosen auf norma-lem gesetzlichem Weg bewirken, so durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Arbeitsbeschaffung, durch Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen des Volkes. Die Regierung verfüge auch neben dem Vertrauen des Reichspräsidenten über ein arbeitsfähiges Parlament. Sie bedürfe keiner weiteren Vollmachten, keiner Ausnahmegerichte mehr. Sie könne daher auch in absehbarer Zeit in der Lage sein, sich und dem Volke den Wunsch zu erfüllen, daß der normale Zustand so bald wie mög-lich wiederkehre.

„Ein Verzicht auf Ausnahmegerichte und Ausnahmestände“ — so betont die „Gewerkschaftszeitung“ — wäre eine Geiste, die weitgehend hin im Volke beruhigend wirken und den zerstörenden Haß abbauen würde, der in den Partikämpfen der letzten Jahre an-gespeichert worden ist. Und die Verdringung des Volkes würde, je eher sie möglich wäre, um so wirksamer auch jene Verdringung der gesamten politischen Spärs herbeiführen, deren die Wirtschaft so dringend bedarf, um zu bestehen und zu gedeihen. Diese Verdringung im Innern erscheint uns zugleich als die Voraussetzung für die tatkräftige Außenpolitik.“

Am Anlaß an diesen Hinweis auf die Stärke und Bedeutung der verfassungsmäßigen Machstellung der Regierung skizziert das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Hal-tung der Freien Gewerkschaften folgendermaßen:

„Die deutschen Gewerkschaften aber werden auch weiterhin, unabhängig von Parteien und Parteifunktionären, ihre Pflicht erfüllen, die Pflicht, die ihnen auferlegt ist durch das Vertrauen ihrer Mitglieder, des Kerns der Arbeiterschaft. Unsere Betriebsrätekonferenz am 22. Januar, der Ausgang der Betriebsratswahlen in den letzten Wochen und steigende Mitglieder-zahlen zeugen davon, daß der Fundus an Vertrauen, auf dem die Kraft der Gewerkschaften beruht, unangefastet geblieben, ja, im letzten Jahre den widrigsten Umständen zum Trotz neu be-

festigt worden ist. Und die Abschlüsse umfassender Tarifver-träge, wie im Baugewerbe und in der Textilindustrie, beweisen, daß die Gewerkschaften auch unter den schwierigsten Umständen ihren Dienst zum Wohl des arbeitenden Volkes versehen. Sie stehen aufrecht in den Stürmen unserer Tage. Sie leben nach ihren eigenen inneren Gesetzen, erfüllen ihre eigenen, ihrem Zweck ent-sprechenden Aufgaben. Wir setzen von dem Vertrauen der Ar-beiter und Arbeiterinnen, werden sie auch in Zukunft eintreten für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für soziale Gerech-tigkeit und wirtschaftspolitische Veranung.“

Der A.M.-Vorbereitung

hat am Freitag zu der durch die Reichstagswahl für die Ange-stelltenkassen geschickenen Lage Stellung genommen. Er faßte seine Stellungnahme in folgender Darlegung zusammen:

Es kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, zu den poli-tischen Folgerungen aus dieser Wahl Stellung zu nehmen. Wohl aber sind sich die großen Berufsvereine der deutschen Arbeitnehmer ihrer Pflicht bewußt, in diesem für Land und Volk geschichtlich bedeutsamen Augenblick an der Erfüllung ihrer sozialen und wirt-schaftlichen Aufgaben weiter zu arbeiten.

Der allgemeine freie Angestelltenbund umfaßt als gewerkschaft-liche Spitzenorganisation in 15 ihm angeschlossenen Berufsver-bänden die volkswirtschaftlich wichtigsten Berufe der Angestellten, so die Ingenieure, Architekten, Chemiker, Techniker, Kapitäne und Steuerleute, Werkmeister und Poliere, wie in ihm auch die kauf-männischen und Büroangestellten, die Bankbeamten, die Ange-stellten im Gesundheitswesen und die dorstellenden Bühnenkünstler vereinigt sind. Schon diese Zusammenfassung macht es dem A.M.-Bund und seinen Verbänden zur Aufgabe, mit unverwundeter Kraft und Entschlossenheit geltend auf das ständige soziale Schicksal dieser qualifizierten Angestelltenkreise einzuwirken.

Der A.M.-Bund wird in einer Zeit, in der die Angestellten-berufe von den Wirkungen der Wirtschaftskrise besonders hart ge-troffen sind und rund 600 000 Berufsgenossen beschäftigungslos sind, seiner bisherigen Übung gemäß die ihm anvertrauten sozialen Interessen sowohl gegenüber der Regierung als auch gegenüber allen politischen Parteien mit sachlicher Begründung und Ent-schiedenheit vertreten.

Die Gewerkschaften haben sich in Deutschlands Notstunden, im Krieg, in der Demobilisationszeit, in der Inflation und im Ruhrkampf als die tragenden Pfeiler des deutschen Volkes bewährt. Aufrechterhaltung ihrer Bewegungsfreiheit und Arbeitensfähig-keit, Sicherung des Konsumvermögens und gleichberechtigte Mit-wirkung der Gewerkschaften an der tariflichen Regelung der Ge-halts- und Arbeitsverhältnisse sind auch heute unentbehrliche Voraussetzungen für die Lebensgrundlage des Volkes und für die Überwindung der Wirtschaftskrise und Arbeitsnot.

Gewerkschaftliche oder politische Betriebsräte?

Die Betriebsräte haben keine politischen Aufgaben zu erfüllen. Nach dem Betriebsrätegesetz haben sie nur die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen und im ge-wissen Sinne an der Betriebsleitung mitzuwirken. Schon daraus ergibt sich, daß die Politisierung der Betriebsräte, wie sie von verschiedenen Parteien erstrebt wird, völlig abwegig ist.

Nach dem Betriebsrätegesetz obliegt den Betriebsräten:

- A. Eine Gesamtinteressen-Vertretung:
 1. Überwachung der Tarifverträge ob ihrer Durchführung § 66,
 2. Abschluß von Betriebsvereinbarungen im Rahmen des Tarifvertrages — §§ 66, 75, 78, 80,
 3. Mitwirkung bei Wohlfahrtsanordnungen — § 66,
 4. Beteiligung bei größeren Einstellungen und Entlassungen — Stilllegungsverordnung § 74,
 5. Entsendungsrecht zum Aufsichtsrat — § 70,
 6. Arbeitsschutz und Unfallverhütung — §§ 66, 77, 78
 - a) Durchführung des Arbeitsschutzgesetzes,
 - b) Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften,
 - c) Durchführung des Jugendschutzes,
 - d) Überwachung der sanitären Anlagen.
- B. Eine Einzelinteressen-Vertretung:
 1. Einzelstreiksetzung — § 80,
 2. Mitwirkung bei Kündigungen — §§ 84, 96,
 3. Mitwirkung bei Behebung von Einzelbeschwerden — §§ 66, 78,
 4. Streitigkeiten unter Arbeitnehmern ausgleichen — §§ 76, 78.
- C. Mitwirkung an der Betriebsführung:
 1. Recht zur Beratung und Mitarbeit,
 2. Recht auf Auskunft.
- D. Das Recht zur Beratung und Mitarbeit:
 1. Beratungsrecht — Arbeitgeber muß es sich gefallen lassen — § 66,

- 2. Mitarbeit bei Einführung neuer Arbeitsmethoden — § 66,
- 3. Vertretung im Aufsichtsrat — § 70.

E. Das Recht auf Auskunft:

- 1. Auskunftspflicht über Betriebsvorgänge — § 71,
- 2. Vorlegung von Lohnlisten — § 71,
- 3. Vorlegung der erforderlichen Unterlagen für Durchführung der Tarifverträge — § 71,
- 4. Vierteljährliche Berichterstattung — § 71,
- 5. Vorlegung der Betriebsbilanz.

Daraus ergibt sich für einen tüchtigen Betriebsrat:

- 1. Ihm darf kein Paragraß des Betriebsrätegesetzes fremd sein.
- 2. Mantel-, Lohnkartei und Arbeitsordnung müssen ihm ge-läufig sein.
- 3. Er hat Vergeseh und Gewerkschaften zu kennen.
- 4. Ebenso die Schlichtungsverordnung.
- 5. Dasselbe gilt von der Arbeitsschutzgesetzgebung.
- 6. Betriebsführung und Wirtschaftsvorgänge dürfen ihm nicht böhmische Wälder sein.

Daraus ergibt sich für die Wahl der Betriebsräte daß nur ge-schulte Gewerkschaftsfunktionäre in Frage kommen können. Die und nimmer können parteipolitische Agitatoren die Aufgaben des Betriebsrätegesetzes erfüllen. Das ist auch gar nicht ihr Zweck. Gelbe, RGV, NSD, und wie die parteipolitischen Splittergrup-pen alle heißen mögen, sind bekanntlich nicht geschaffen worden, um die Belegschaften besser als die gewerkschaftlichen Betriebs-räte zu vertreten, sondern die Aufgabe dieser Gruppen besteht darin, den gewerkschaftlichen Einfluß in den Betrieben zu hebe-itigen und die Betriebe zu Trummelplätzen politischer Leidenschaften zu machen.

Sorum, Kameraden, könnt und dürft ihr nur den gewerkschaft-lichen Betriebsräten, den Kandidaten des Bergbauindustriearbeiterverbandes, eure Stimme geben!

Neue Zölle für Eier und Käse.

Die neue Reichsregierung erläßt im „Reichsanzeiger“ Verordnungen, durch die der autonome Zoll für Eier von 80, 70 M. je Doppelzentner und für Hartkäse von 30 auf 60 M. er-höhrt wird. Gleichzeitig wird der Reichsminister der Finanzen er-mittelt, die Einfuhr von 30 000 Doppelzentnern Hartkäse zum Zoll von 30 M. auch noch nach der allgemeinen Käseerhöhung zulassen. Durch diese Ermächtigung will man einen gewis-sen Spielraum für die Regierung außenhandelpolitischer Streikzu-lassen.

Die vorgenannte Steigerung der Zollsätze bedeutet eine Er-gänzung der landwirtschaftlichen Zollerhöhungen. Bereits im Februar hat man die Zölle für Schmalz um das Vierfache die Zollsätze für Milch, Schafe und Fleisch verdoppelt. Zwei-fache betragen letztgenannte Zollerhöhungen noch mehr als Prozent. Durch diese Maßnahme soll der Landwirtschaft gehol-fen werden. Was die Bauern in Form höherer Inlandspreise künst-lich mehr erhalten, müssen allerdings die Verbraucher, insbeson-dere die Arbeitnehmer, bezahlen. Es handelt sich demnach um eine Verdringung der inländischen Kaufkraft. Wie die an-ländischen Agrarstaaten auf die erhöhten Zollmauern reagier-en steht noch nicht fest. Die Gefahr, daß sie künftighin, nach-dem man ihnen die Ausfuhr ihrer Agrarprodukte nach Deutschland erschwert, auch die Einfuhr deutscher Rohstoffe und sonstiger In-dustriewaren droffeln, ist außerordentlich groß. Jede Droffeln des Warenverkehrs führt aber nicht zur Milderung, sonder-zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Wie beurteilt man die Gelben?

Die gelben Vereine der Vorkriegszeit ließen ihren Charakt-klar erkennen. Sie waren teilweise von den Unternehmern sel-ber oder ihren Beauftragten gegründet zu dem ausdrücklichen Zweck die Arbeiterschaft zu korumpieren und die Gewerkschaften zu zer-stören. Folgende Gutachten von hervorragenden Männern des öffentlichen Lebens, die weder Sozialisten noch Gewerkschaft-ler waren, geben das allgemeine Urteil wieder:

Dr. Friedrich Naumann: „Diese Vereine sind in mein Augen überhaupt keine Gewerkschaften, sondern im Gegenteil ei-ner gefährlichsten Erscheinungen jeder gefunden vaterländischen Arbeiterbewegung.“

Dr. Helmut Fortkoff: „Eine Organisation, die grun-dsätzlich dem Emanzipationskampf der Arbeitnehmer entgegen-wirkt, begeht entweder Verrat an den eigenen Interessen oder sie beweist völligen Mangel an sozialem Verständnis.“

Professor Hummel: „Ich halte die Mitgliedschaft ein-er Lohnarbeiters in einer gelben Gewerkschaft für handelsunwürdig.“

Professor Dr. Harms: „Nach meiner festen Überzeugung sind sie eine der unheilvollsten Erscheinungen, die jemals in der Arbeiterbewegung konstatiert worden sind. Gelbe Gewerkschaften sind eine Waffe der Unternehmer, von diesen dazu bestimmt, einen Keil in die geschlossenen Organisationen zu treiben und deren Stützpunkt zu schwächen.“

Zu November 1918 verfielen auch die Gelben der Konfura-masse des reaktionären Kaiserreiches. Zu einer Vereinbarun-zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften heißt es:

„Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Wer-bervereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortzu-vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch un-mittelbar unterstützen.“

Damit wurden nicht nur die Gewerkschaften als die alleinige Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt, sondern damit gab es die Unternehmer offen zu, daß sie selbst die Väter und Schutz-patrone der Gelben gewesen waren.

Das Programm der Gelben.

Aus der „Programmchrift“ der gelben Werksgemeinschaftsbewegung, die den vielversprechenden Titel trägt: „Die Wirt-schaftsordnung von morgen“, haben wir ihre Hauptziele zusammengestellt. Danach erstrebt die Spitzenorganisation der gel-ben Werksgemeinschaftsbewegung, der Reichsbund vaterländischer Arbeitervereine:

1. Die Verschlagung der Gewerkschaften, an deren Stelle die Werksgemeinschaften treten sollen, deren Leitung in der Hand der Betriebsleitung liegen soll.
2. Die Abschaffung der Tarifverträge. An deren Stelle soll die „Werkvereinbarung“ der Werksgemeinschaft gesetzt werden, das heißt völlige Wehrlosmachung der Arbeiterschaft vor Kapita-listenwillkür.
3. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist für die Führer der gelben Werksgemeinschaft ein „verbrecherischer Überwitz“. Infolgedes-sen verlangen sie „Freiheit der Wirtschaft“, mithin Aufhebung aller gesetzlichen Beschränkungen der Arbeitszeit.
4. Aufhebung der Staats- und Sozialgesetzgebung, dafür werks-gemeinschaftlich. Wohlfahrtskassen, um die Arbeiterschaft an den Betrieb zu fesseln und sie der Willkür des Unternehmers auszuliefern.
5. Einführung der Arbeitsdienstpflicht.
6. Überweisung des Staats- und Gemeindeeigentums an Eisenbahnen, Kanälen, Bergwerken, Forsten, Gas- und Elektrizitätswerken usw. an das Großkapital. In anderen Worten: die Vererbung der Allgemeinheit zugunsten der Kapitalisten.
7. Wucherzölle für Landwirtschaft und Industrie.

Die gelbe Werksgemeinschaftsbewegung be-kämpft alles, was zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Sebung der Arbeiterschaft führt!

Wetter- und Explosionsgefahren. Wetterkontrolle.

Das Oberbergamt Dortmund schreibt uns zu unserer Artikel Wetter- und Explosionsgefahren — Wetterkontrolle“ in Nr. 51 unserer Zeitung vom 17. Dezember 1932 folgendes:

„Der Inhalt des letzten Absatzes des Artikels beschäftigt sich mit angeblichen Verdächtigungen gegen das Betriebsrätegesetz seitens der Bergverwaltung und des zuständigen Bergverwaltungsbeamten. Wir sind diesen Anschuldigungen nachgegangen. Unsere Ermittlungen haben indes keinerlei Geseführigkeiten, die dem Bergverwal-tungsbeamten, Eriem Vergat Gabel, zur Last zu legen wären, er-gaben. Die gegen den genannten Bergverwaltungsbeamten erhobenen Vorwürfe haben sich als unbegründet erwiesen. Gabel“

Unser Vorwurf der Geseführigkeit beruhte auf einer irr-tümlichen Unterrichtung. Nach uns inzwischen gemachter Mitteilung wurde vor dem Grubenbrand die Befahrung durch die Betriebs-ratvertreter abgelehnt, nach dem Grubenbrand aber zugelassen. Die von uns in dem Artikel erhobenen Vorwürfe entfallen also.“

Hoch das freie Gewerkschaftsbanner. Vorbildliche Betriebsrätewahlen in Berlin und Hamburg.

Bei den Betriebsrätewahlen in den Berliner Elektrizitäts-werken (Werna) erhielten für den Arbeiterrat an Stimmen:
Freie Gewerkschaften 3034
Kommunisten 156
Nationalsozialisten 83

Bei den am 2. und 3. März vollzogenen Betriebsrätewahlen der Hamburger Straßenbahn wurde folgendes Ergebnis erzielt:

Arbeiterrat:	
Abgegebene Stimmen insgesamt	4772
Freie Gewerkschaften	4019
Nationalsozialisten	158
Kommunisten	189
Sonstige	106

Gegenüber 1931 haben bei dieser Wahl die Kommunisten 50 Prozent Stimmenverlust. Sämtliche Arbeiterräte sind frei gewählten Gewerkschaften zu!

Vorbildlich ist auch das Wahlergebnis in der Dynamit-A.-G. in Troisdorf.

Arbeiterrat:	
Abgegebene Stimmen insgesamt	1686
Freie Gewerkschaften	1249
Christliche Gewerkschaften	309
Kommunisten	189
Nationalsozialisten	199

Wie vorstehende Riffen zeigen, haben die freien Gewerkschaften bei den bisherigen Wahlen in den verschiedenen Berufsgruppen sehr günstige Resultate erzielt. In allen Fällen bilden die Abstimmungsergebnisse ein starkes und eindringliches Bekenntnis für die freien Gewerkschaften. Den parteipolitischen Geschäftemachern wurde eine gründliche Abgabe erteilt. Das ist gut so! Mehr denn je braucht die Arbeiterschaft eine geeinte Kampffront. Das ist und bleibt die freie Gewerkschaftsbewegung. Darum müssen auch die Betriebsrätewahlen im Bergbau zu einer machtvollen Vertrauenskundgebung für die freigewerkschaftlichen Betriebsräte werden.

Kameraden, ahmt das Beispiel der Berliner und Hamburger Arbeiter nach!

Wenn der Verband nicht wäre . . .

Die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter ist alles andere als hoffnungsvoll. Infolge der zahlreichen Fehlschlägen führen viele Kameraden einen verzweifelten Existenzkampf. Wenn es nach dem Willen der Unternehmer ginge, sähe es freilich noch trübler aus. Wiederholt haben sie versucht, durch weitgehende Lohnsenkungsforderungen die bergmännische Lebenshaltung noch tiefer herabzudrücken. Wir brauchen nur noch einmal die geforderten und erreichten Lohnsenkungen gegenüberzustellen. Diese Gegenüberstellung ergibt beispielsweise für das Ruhrgebiet folgendes Bild:

Lohnabgrenzungstermin	Unternehmerforderung	Ergebnis	
		Prozent	Prozent
1930: 1. Oktober	10	—	—
1931: 1. Januar	12	6	—
1. Juli	10	—	—
1. Oktober	12	3,75 für U.	7 für U.
1. November	10	—	—
1932: 1. Januar	—	10	10 Kt. Notverordnung
1. Juni	12	—	—
1. Oktober	12	—	—

Diese wenigen Zahlen sprechen Bände. Sie müßten auch dem letzten Unorganisierten die Augen öffnen. Angesichts dieser einseitigen Tatsachen können nämlich nur böswillige Geschäftsführer behaupten, die gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit sei überflüssig. Bereits im Jahre 1929 gab es welche, die jede gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit ablehnten. Die Rückschlüsse, die inzwischen die Arbeiterschaft auf Lohn- und sozialpolitischem Gebiete erleben mußte, haben dralisch bewiesen, wie verhängnisvoll dieser Selbstbetrug war. Die erneute Abhängigkeitsaktion des Besenverbandes im Ruhrgebiet mußte daher den letzten unorganisierten Bergmann veranlassen, unserem Verband beizutreten. Ober genügt das gezahlte Beleggeld immer noch nicht zu der Erkenntnis, wie wichtig und wertvoll die gewerkschaftliche Organisation gerade in einer Krisenzeit ist?

Ohne die Arbeit unseres Verbandes wäre auch längst die Knappschafft ruiniert. Betrug doch bereits im Jahre 1931 in der knappschafftlichen Arbeiterpensionskasse die Gesamtausgabe 180,3 Millionen RM. Dieser Ausgabe stand nur eine Einnahme von rund 93 Millionen RM aus Beiträgen gegenüber. Inzwischen ist der Saldo zwischen Beitragseinnahmen und Ausgaben noch größer geworden. Nur durch das Drängen unserer Organisation wurden der Knappschafft Reichszuschüsse gewährt und damit der drohende Bankrott aufgehalten. Die unorganisierten Bergarbeiter haben sich um das Schicksal der Knappschafft nicht gekümmert. Anstatt ihre Sozialrechte zu schützen, schimpfen die Unorganisierten lieber auf die Gewerkschaften. Das ist auch billiger und bequemer. Wie lange soll dieses groteske Spiel noch dauern?

Erfolgreiche Urlaubsprozesse.

In unserer Praxis des Arbeiterrechts 1932 S. 12, S. 187—190, haben wir die Urteile der Landesarbeitsgerichte Duisburg, Essen und Dortmund abgedruckt, die zur Frage der Rückwirkung des Schiedspruches vom 30. Mai 32 ergingen. In diesen Urteilen wurde grundsätzlich die Rückwirkung der 80prozentigen Urlaubslohnkürzung verneint. Gegen diese Urteile wurde von den unterlegenen Arbeitgebern Revision eingeleitet. Wir legten gegen die Dortmund Urteile Anschließrevision ein, da das RW. Dortmund trotz grundsätzlicher Verneinung zu einem nach unserer Auffassung teilweisen unrichtigen Ergebnis gelangte.

Nunmehr hat das Reichsarbeitsgericht durch Urteile vom 11. März 33 den großen Urlaubsstreit endgültig entschieden und zwar fast reiflos in unserem Sinne. Neben der Verneinung der Rückwirkung wurde auch unsere Anschließrevision im wesentlichen stattgegeben. Jedoch können wir die Begründung des Reichsarbeitsgerichts noch nicht im einzelnen angeben. Es ist aber anzunehmen, daß, soweit die grundsätzliche Verneinung der Rückwirkung in Betracht kommt, sie sich in den Gedankengängen der Berufungsurteile bewegt. Soweit unsere erfolgreichen Anschließrevisionen durchdrangen, dürfte das Reichsarbeitsgericht sich wohl im wesentlichen zu unserer in der Praxis des Arbeiterrechts 1932 Seite 196 dargelegten Rechtsansicht bekannt haben. Traglich ist aber hierbei wiederum, ob es sich auch grundsätzlich gegen die Urlaubssteigerung wandte. Insoweit besteht die Wahrscheinlichkeit, daß Leipzig uns nicht folgte. Dennoch stellen die Urlaubsurteile des Reichsarbeitsgerichts für uns hervorragende Rechtshüterfolge dar, die ebenso wie vieles andere, nur durch den solidarischen Zusammenhalt in unserem Verbands erungen werden konnten.

Wir werden später die schriftliche Begründung der RW.-Urteile in unserer Praxis des Arbeiterrechts abdrucken.

Lebt die Arbeitsgemeinschaft wieder auf?

Einige Führer der christlichen Gewerkschaften sind um das Wiederleben der Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden bemüht. Der Leiter des Siemens-Konzerns Dr. Karl Friedrich von Siemens beschäftigte sich kürzlich auch mit dieser Frage. Er führte in der Generalversammlung der Siemens & Halske A.-G. u. a. folgendes aus:

„Meiner Ansicht nach ist es die Pflicht der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, nach gemeinsamen gangbaren Wegen zu suchen, um den in der Wirtschaft Tätigen zu helfen und sie vor weiterem Schaden zu bewahren. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die in der politischen Durchsehung der Wirtschaft liegen, die eine rein sachliche Gemeinschaftsarbeit so außerordentlich erschwert. Je freier aber die Wirtschaft von politischen Einflüssen ist, desto besser könnte sie ihre Aufgabe, die materiellen Grundlagen für das Staats- und Volkswohl zu schaffen, erfüllen. Die Ueberzeugung der gegenwärtigen Abhängigkeit, der Verbundenheit von Wohl und Wehe lag den Gedanken der vor 14 Jahren geschaffenen Zentralarbeitsgemeinschaft zugrunde, die leider von gewerkschaftlicher Seite gekündigt wurde. Damals waren es die Gefahren, die in der Umgestaltung durch Kriegsende lagen, die die Führer veranlaßten, zu versuchen, gemeinsam gangbare Wege zu finden. Laßt die heutige Not nicht schwerer auf allen Volksschichten, sind die in ihr liegenden Gefahren nicht so groß, daß jeder Weg gemeinsamer Arbeit wieder versucht werden sollte? Für möglichst viele das nackte Leben zu retten, sie aus dem Elend zu befreien, kann allein die Aufgabe der Führer sein. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten daher versuchen, durch gemeinsame Anstrengungen die Wirtschaft und sich selbst vor weiterem Schaden zu bewahren.“

Andere maßgebende Unternehmer haben sich in dem gleichen Sinne geäußert. Die Gewerkschaften werden sich wahrscheinlich bald mit dieser Angelegenheit zu befassen haben. Wir sind gewiß, daß die Spitzenkörperschaft der freien Gewerkschaften die für die Arbeiterschaft richtige Entscheidung in dieser Frage treffen wird.

Laßt die Laten sprechen! Was leistet unser Verband? Was tut der CVBD?

Trotz der ungeheuren Krise hat unser Verband in den letzten Jahren auf dem Gebiete des Rechtsschutzes Hervorragendes geleistet. Durch ständige Vertretungen an den Arbeitsgerichten, an den Oberversicherungsämtern und durch sonstige Rechtshilfen konnten für unsere Verbandsmitglieder namhafte Beträge erstritten werden. Soweit die materiellen Erfolge ermittelt werden konnten, ergibt sich für die Rechtshilfsaktivität unseres Verbandes folgendes Bild:

1930: 730 399,67 M. und 568 070,36 Fr.
1931: 1 216 375,02 M. und 492 114,95 Fr.
1932: 1 037 064,57 M. und 695 335,70 Fr.

Insgesamt: 2 983 839,26 M. und 1 755 521,01 Fr.

Die Frank-Beträge wurden von unserer Bezirksleitung in Saarbrücken erstritten. Es handelt sich bei den angeführten Beträgen nur um die ermittelten Barerfolge nicht aber berücksichtigt ist die Auswirkung grundsätzlicher Entscheidungen, die sich, z. B. im Urlaubsrecht, auf Millionenbeträge bezifferte.

Was leistet demgegenüber der kommunistische Einheitsverband? Vor kurzem hatten die kommunistischen Einheitsverbände in Essen ihren letzten Verbandstag. In zwei Nummern ihres Verbandsorgans haben sie darüber ausführlich berichtet. In diesem Bericht haben wir aber vergeblich einen konkreten Geschäftsbericht gesucht, vor allem einen Bericht darüber, was die kommunistischen Gewerkschaftsstrategen in ihrer zweijährigen Arbeit an Rechtshütererfolgen aufzuweisen haben. Wir waren deshalb auf den kommunistischen Rechtshüterbericht sehr gespannt, weil den Kumpeln mit revolutionären Tiraden nicht geholfen ist. Auch in der Gewerkschaftspolitik kommt es auf den tatsächlichen Erfolg an. Wir stellen also fest, daß die wortladischen Arbeiterzersplitterer sehr wohl die reformistische Gewerkschaftsarbeit in Grund und Boden verdammen können, diese Kritiker aber selbst nicht in der Lage sind, bessere oder gar nur gleichwertige Erfolge zu erzielen.

Das gleiche gilt auch bezüglich des Klassenberichtes. Auch hier sind die Kommunisten den Bergarbeitern und auch den Metallarbeitern den Beweis noch schuldig, daß sie die Beitragsursachen ihrer Verbandsmitglieder besser verwenden als die reformistischen Gewerkschaften, die sie jahrelang auf das übelste bekämpft haben. Auch hier nur folgende Gegenüberstellung:

	Unterstützungen des Verbandes:		
	1930	1931	1932
an Kranke	756 117,46	531 870,09	252 969,75 M.
an Arbeitslose	2 364 799,62	3 052 273,01	2 356 173,18 M.
an Streikende	461 242,42	38 961,43	22 921,85 M.
an Gemahregelte	8 411,75	17 812,83	8 194,31 M.
an Sterbegeld	107 690,81	105 233,59	95 670,88 M.

Angesichts dieser erstaunlichen Leistung müssen wir die kommunistischen Kritiker immer wieder fragen:

Wo bleibt der Kassenbericht des CVBD?

Auch hier müssen wir gesehen, daß wir in dem Bericht über den zweiten Verbandstag der kommunistischen Bergarbeiter vergeblich nach einem Kassenbericht geforscht haben. Insbesondere haben es die kommunistischen Strategen nicht nötig, nachzuweisen, was mit den Beiträgen ihrer Anhänger geschieht. Schon auf einer Konferenz, die am 17. September v. J. in Gelsenkirchen tagte, verlangten verschiedene Delegierte einen schriftlichen Kassenbericht. Daraufhin wurde ihnen von der kommunistischen Verbandsleitung erklärt, der Einheitsverband sei kein „bürgerlicher Verein“ wie der alte Bergarbeiterverband. Man müsse — so erklärte man den Delegierten weiter — es ablehnen, durch eine Veröffentlichung des Kassenberichtes den gegnerischen Gewerkschaften wichtiges Material in die Hand zu spielen. Die kommunistischen Währungsrisiker scheuen demnach das Licht der Öffentlichkeit. Sie sind nicht einmal in der Lage nachzuweisen, daß in der soviel gerühmten RSD. eine geordnete Finanzwirtschaft besteht.

Daran kann man am besten erkennen, wie kläglich der Erfolg der kommunistischen Organisation ist. Jahrelang konnten diese Herrschaften die freien Gewerkschaften auf das übelste bekämpfen und verdächtigen. Der Beweis jedoch, daß sie in der Lage sind, es besser zu machen als die viel geschmähten freien Gewerkschaftsorganisationen, diesen Beweis sind sie bis heute schuldig geblieben. Sie werden ihn auch schuldig bleiben, da zwischen radikalem Gerede und praktischem Bestreben in der kommunistischen Bilanz immer ein sehr großer Saldo übrig blieb.

Kameraden! Würd bei der Betriebsratswahl gilt es daran zu denken. Alle diejenigen, die vertrauenswürdig und zielbewußte Vertreter wählen wollen, können ihre Stimmen nicht Repräsentanten einer Organisation geben, die gegen die primitivsten Regeln eines Organisationslebens verstößt, die nicht einmal ihren Mitgliedern einen Kassen- und Geschäftsbericht vorlegen kann.

Es gibt im Bergbau nur eine Einheitsorganisation, das ist und bleibt der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands.

Steigt das Arbeitseinkommen?

Das deutsche Institut für Konjunkturforschung glaubt, daß das deutsche Arbeitseinkommen den Rückgang beendet hat und es tendenziell zum ersten Mal seit 1929 im geringen Maße zu steigen beginnt. Im Jahre 1932 betrug das Arbeitseinkommen 25,7 Milliarden Mark. Gegenüber dem Höhepunkt im Jahr 1929 mit 44,5 Milliarden ist ein Rückgang von rund 42 v. H. zu verzeichnen. Dieser Rückgang wurde bestimmt durch steigende Arbeitslosigkeit, Verkürzung der Arbeitszeit und Senkung der Löhne und Gehälter. Das Arbeitseinkommen im Jahre 1932 war geringer wie im Krisenjahr 1926, wo es 33 Milliarden betrug. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen des beschäftigten Industriearbeiters je Woche ist von 37 Mark im vierten Vierteljahr 1929 auf 26 Mark im vierten Vierteljahr 1932, also um rund drei Zehntel gesunken. Das Bruttoeinkommen des Angestellten sank im Durchschnitt von 242 auf 186 Mark. Wesentlich mehr ist das Nettoeinkommen der beschäftigten Arbeiter und Angestellten gesunken. Beim verheirateten Arbeiter ist ein Rückgang um 34 v. H. und beim verheirateten Angestellten um 26 v. H. festzustellen. — Das Arbeitseinkommen insgesamt wird infolge der saisonmäßigen Verminderung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Wochen steigen. Ob auch eine Steigerung der tatsächlichen Verdienste eintrifft, steht bei den derzeitigen Zuständen in Deutschland noch nicht fest. Vermögen die Gewerkschaften ihre Kraft zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft einzusetzen, dann geht mit der Besserung der Wirtschaftslage auch eine Steigerung des Arbeitslohnes einher. Doch vermag man in dieser Beziehung die Entwicklung der Dinge nicht voranzutreiben. Die Erhaltung und Stärkung der Gewerkschaften ist jedenfalls die unbedingte Voraussetzung dafür, daß die Arbeiter a. d. den besseren Erträgen einer aufsteigenden Konjunktur teilzunehmen vermögen.

Zufriedene Menschen!

Daß die Bezüge der Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte auch in der Krise nicht gering sind, dürfte allgemein bekannt sein. Die Gesamtbezüge der 14 Aufsichtsrats- und 13 Vorstandsmitglieder der Firma Siemens & Halske betragen im letzten Geschäftsjahr 1 155 482 Mark. Im Durchschnitt erhielt jedes Aufsichtsrats- bzw. Vorstandsmitglied 42 700 Mark. Daß solche Bezüge heute noch gewährt werden, dürfte beweisen, daß es der betreffenden Gesellschaft nicht schlecht geht. Jedenfalls können die Leiter großer rentabler Unternehmungen mit ihrer Lage zufrieden sein.

Denkt an die letzten Betriebsräte wahlen!

Jubel und Schadenfreude in der Deutschen Bergwerks-Zeitung.

Bei den letzten Betriebsräte wahlen im Ruhrbergbau erhielten die Nazis 7933, die Gelben 10 520 Stimmen. Dieses Wahlergebnis wurde von dem Unternehmerorgan, der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, freudig begrüßt. Damals, am 3. April 1931, schrieb das erwähnte großindustrielle Blatt folgendes:

„Wenn auch die Stimmenzahl, welche die Nationalsozialisten mit 7933 erreichten, bei weitem nicht die Hoffnung erfüllt hat, die sie auf diese Wahl gesetzt haben, so stellen auch schon diese Ziffern eine weitere Zersplitterung und damit einen Rückgang der bisher dominierenden Gewerkschaften dar.“

Nicht erfreulich ist der Fortschritt der deutschen Arbeiterbewegung (Wirtschaftsfriedliche), die es von 8835 Stimmen im Vorjahre, trotz des Rückganges der Belegschaften, auf 10 520 Stimmen brachte. Das ist ein bedeutender Zuwachs. Wenn man die nationalsozialistischen Stimmen noch dazu rechnet, so wird man nicht umhin können, zu gestehen, daß die nationale Arbeiterbewegung stark auf dem Marstuche ist.“

Sehr bemerkenswert sind ferner die Auslassungen der „D. Bergw.-Ztg.“ über den kommunistischen Vorkampf. Mit einer gewissen Schadenfreude und Genugtuung stellte das Unternehmerorgan fest:

„Der Rückgang der Stimmen des alten Verbandes ist aus mehreren Ursachen zu erklären. Einmal hat auch er natürlich unter dem entsprechenden Rückgang der Belegschaftsziffer zu leiden, zum anderen aber hat ihm vor allem die KPD. viele

Stimmen weggenommen. Damit ist der bereits von kommunistischer Seite angekündigte und vor Jahren schon einmal begonnene Prozeß der inneren Aushöhlung der Gewerkschaften und die Zerlegung durch Kommunisten in der Gewerkschaft selbst erneut in Gang gekommen.“

Ob Gewinn der KPD., der Nazis oder Gelben, in jedem Falle stellt demnach die „D. Bergw.-Ztg.“ mit Genugtuung fest, daß die Gewerkschaften im Rückgang und in der Zerlegung begriffen sind. Hier ist der Wunsch wohl Vater des Gedankens!

Das gleiche Organ meinte nämlich in seiner Ausgabe vom 5. Juni 1932 u. a. folgendes:

„Mag die neue Regierung sich halten, mögen neue Regierungen kommen, mögen die Nationalsozialisten daran beteiligt sein oder nicht: Solange die gewerkschaftlichen Lehren nicht praktisch ausgeschaltet sind, kann die Wirtschaft nicht genesen. Die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften ist innerpolitisch das Problem der Probleme.“

Kameraden! Soll auch in diesem Jahre die Unternehmerpresse jubeln? Haben die Wahlerfolge der Gelben, der Nazis und der KPD. bei den letzten Betriebsräte wahlen eure Lage gebessert? Haben sich inzwischen die Verhältnisse auf den Höhen nicht katastrophal verschlechtert? Laßt euch diese Erfahrungen als Lehre und Warnung dienen. Sorgt dafür, daß die Betriebsräte wahlen ein Ergebnis bringen, das in den Unternehmerorganen nicht gefeiert wird.

Nationalsozialistische Betriebsräte?

Wenn es den Nazis bisher auch nicht gelang, in nennenswertem Maße in den Betrieben Fuß zu fassen, so werden ihre Betriebszellen (NSBD.) auch in diesem Wahlkampf wieder in Erscheinung treten. Daß es den Nazis, genau wie den Kommunisten, dabei weniger um die wirtschaftliche Interessenvertretung der Belegschaft, sondern vor allem um die Stärkung ihres politischen Einflusses in den Betrieben zu tun ist, dürfte allgemein bekannt sein.

Schon im Januar 1931 gab man besondere Richtlinien für die Zellenarbeit heraus. Als Ziel und Zweck der Zellenarbeit wurde darin betont:

„Der Nationalsozialismus muß inmitten des heute tobenden Wahlkampfes gerade dort seine Fahnen aufpflanzen, wo der Widerstand des Systems noch am hartnäckigsten ist. Da die Betriebe die letzten Bollwerke des Marxismus sind, ist auch hier der Wahlkampf unausbleiblich. Der Nationalsozialismus wirkt und kämpft um die Seele der Arbeitnehmer, ja um den einzelnen Arbeiter selbst.“

Diese Äußerungen zeigen ganz eindeutig, daß es den Nazis bzw. der NSBD. nur um eine Verankerung ihrer politischen Macht in den Betrieben zu tun ist. Daß diese Politisierung mit dem Betriebsrätegesetz und dem Sinn der Betriebsräte wahlen nichts zu tun hat, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Derartige parteipolitische Bestrebun-

gen sind nur geeignet, die Bergarbeiter noch mehr zu zersplittern und ihren wirtschaftlichen Befreiungskampf zu hemmen.

In dem gauamtlichen Organ der Nazi-Partei in Essen, der „National-Zeitung“ vom 26. Januar 1932, prophezeite man als NSBD. übrigens folgendes:

„Das Siegesjahr 1932 wird die nationalsozialistische Betriebsorganisation im ehemals schwarz-roten Kohlenpott auf dem Posten finden. Im Ruhrgebiet wird es bestimmt keinen Streik mehr geben, wenn Adolf Hitler die Macht im Staate ergreift. Es gibt jetzt im Ruhrgebiet kaum ein Kontor, kaum eine Zehle oder Fabrik, wo nicht die NSBD. wütht und auflärt.“

Die NSBD. verfolgt demnach keine gewerkschaftlichen Ziele. Nach einer Mitteilung der Reichsleitung der NSBD. soll diese am 1. Oktober 1932 in ganz Deutschland 8800 Betriebszellen und 221 000 Mitglieder gehabt haben.

Die im ADGB. zusammengeschlossenen freien Gewerkschaften verfügen über einen Mitgliederbestand von mehr als 4 Millionen, sind also quantitativ so stark wie die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation.

Die Parole der Bergarbeiter bei den Betriebsräte wahlen kann daher nur lauten: **Weber NSBD. noch KPD.**

Alle Stimmen den Kandidaten der freien Gewerkschaften!

Kommunistische Betriebsräte verfassten.

Bei den bisherigen Betriebsratswahlen auf einzelnen Schachtanlagen des Ruhrgebiets haben die Kommunisten im Vergleich zum Vorjahr annähernd 50 Prozent ihrer Stimmen verloren, während unsere Verbandskandidaten beträchtliche Stimmengewinne verzeichnen konnten. Darüber sind die kommunistischen Drahtzieher aus dem Häuschen geraten. In der Januarausgabe der kommunistischen Verbandszeitung wirft man beispielsweise den roten Betriebsräten von Zeche de Wendel wörtlich folgende „politische“ Fehler vor:

1. Nichtvorhandensein eines wirklichen betrieblichen Kurzes seitens der Schachtgruppe und roten Betriebsräte.
2. Keine Einheitsfrontpolitik.
3. Keine Oppositionsarbeit im BWB. oder christlichen Gewerkschaften.
4. Opportunistisches Zurückweichen vor den betrieblichen Schwierigkeiten.
5. Kein kollektives Zusammenarbeiten der im Betrieb vorhandenen revolutionären Organisationen.

Das Verhalten der roten Betriebsräte in der kommunistischen Hochburg Thyssen 4-8 rügt das Organ des BWB. in Nr. 2 wie folgt:

Es war ihnen (den roten Betriebsräten, D. Red.) bekannt, daß die Verwaltung für den 1. März 1931 eine Massenentlassung von 1000 Belegschaftsmitgliedern vorbereitete und dadurch einen wohl vorbereiteten Schlag gegen die Belegschaft

und ihre revolutionäre Führung plante. Der 1. März kam heran, die Verwaltung führte ihren Plan durch und reinigte so ihren Betrieb von einem großen Teil der revolutionären Elemente.

Die Schachtgruppe des BWB. und die roten Betriebsräte unterhielten diesen Schlag der Verwaltung gegen die Belegschaft, und da sie keinen Glauben an die Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes gegen Massenentlassung hatten, unterließen sie jede Mobilisierung der Belegschaft und der gesamten Bevölkerung.

Die Verwaltung merkte sehr gut, daß wir uns in der Defensive befanden und holte deshalb zum zweiten Schlage aus. Aus nichtigen Gründen entließ sie die Betriebsräte H., M. und S. fristlos. Auch diese Tatsache nahmen die Schachtgruppe und die roten Betriebsräte nicht zum Anlaß, die Frage des Kampfes der gesamten Belegschaft zu stellen, da sie ja selbst nicht an einen Erfolg glaubten.

Diese schweren Fehler waren auch die Ursache dafür, daß die Belegschaft im Oktober 1931, als die Unternehmer einen siebenprozentigen Lohnraub durchführten, nicht einig und geschlossen dastand. Zersplittert und gespalten, im Vertrauen zu ihrer Führung erschüttert, beteiligten sich an diesem Kampf von der Morgensticht 45 und von der Mittagsticht nur 25 Prozent der Belegschaft. Deshalb war es der Belegschaft auch möglich, nach frühzeitigem Abbruch des Kampfes 80 BWB., 1 BWB. und 60 unorganisierte Kameraden zu maßregeln.

Gewerkschaftsarbeit im Urteil der Gegner.

Das schwerindustrielle Sprachorgan, die „Kölnische Ztg.“, charakterisiert in ihrer Nummer vom 23. November 1932 die Arbeit der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit folgendermaßen:

„Der Staat, der 1918 auf den Trümmern des Zusammenbruchs errichtet wurde, hegte politisch und wirtschaftlich sozialistische Ziele. Er strebte nach Vergeßlichkeit, also nach Verstaatlichung der Produktionsmittel. Der Widerstand, den diese Ziele in großen Volksteilen fanden, und die Notwendigkeit, auf den gebliebenen Grundlagen der Privatwirtschaft weiterzuarbeiten, zwangen ihn zu einem Kompromiß, ohne daß er zunächst seine Bestrebungen ausgab. Wir erlebten das Zwittersystem von 1920-30. Die privatwirtschaftlichen Fundamente der Wirtschaft blieben erhalten. Aber man überspannte die Wirtschaft mit einem Netz von staatlichen Reglementierungen und Verordnungen. Ihre Schritte wurden immer mehr gehemmt, dafür übernahm der Staat immer mehr Funktionen der Wirtschaft. Er diktierte die Löhne nicht mehr nach wirtschaftlichen, sondern nach politischen Erwägungen. Er

verordnete politische Preise, er reglementierte alle anderen Arbeitsbedingungen, er baute ein System sozialer Versicherungen aus, das jeden Staatsbürger von der Geburt bis zum Begräbnis erfassen sollte. Er verstaatlichte oder vergewaltlichte Betriebe und ützte seinen unmittelbaren Einfluß in andere hinein. Die freie Initiative des wirtschaftlichen Menschen, die Selbstverantwortung der freien wirtschaftlichen Persönlichkeit wurden systematisch unterdrückt. Ein rigoroses Steuerwesen konfiszierte einen immer größeren Teil der noch erzielten Uberschüsse. Der Finanzminister galt als der vornehmste Sozialversicherungsminister. Die öffentliche Wirtschaft gedieh, während der privaten die Luft weggenommen wurde. Die Ziele dieser Entwicklung entpuppten sich in der Praxis als eine Art Cliquensozialismus freigewerkschaftlicher Oberhand. Dieser Vorgang verbergte sich unter dem Namen der Wirtschaftsdemokratie.“

Das sind Auslassungen kapitalistischer Kreise, die das Gegenteil von dem bedeuten, was die Gewerkschaftsgegner im Arbeitnehmerlager, insbesondere die Kommunisten, jahrelang predigten.

Wie stark ist die KPD.?

Wenn man die endlosen kommunistischen Streikparolen in den letzten Jahren verfolgt, könnte man den Eindruck gewinnen, die KPD. verfüge über eine ungeheure Macht. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall. Die zahllosen Streikparolen, die die Kommunisten bisher am laufenden Band produziert, sind nur der Ausdruck einer großen organisatorischen Schwäche.

So wurde auf einem der letzten Bezirksparteitage der KPD. in Berlin die Stärke der KPD. bekannt gegeben. Danach verfügt die KPD. in den einzelnen Berufen über folgende Mitgliedsziffern:

Metall	78 000
Bau	42 000
Gemeinde, Verkehr, Hafen, Wasser	42 000
Post und Staat	6 500
Gemeine	8 000
Holz	12 000
Textil	10 800
Graphit	6 500
Eisenbahn	15 000
Nahrungs- und Genussmittel	17 200
Leber	2 500
Handel	16 700
Banken	2 800
Film, Bühnen, Musik	3 500
Bergbau	4 500
Land	4 500

Angesichts dieser organisatorischen Werte wird man an das bekannte Sprichwort erinnert: Viel Geschrei und wenig Wolle. Den diese Mitgliedsziffern stehen, wie einleitend erwähnt, in einem schreienden Mißverhältnis zu den unzähligen Streikparolen, wie sie von den Kommunisten immer wieder herausgegeben worden sind.

Kameraden, gebt deshalb bei den Betriebsräte wahlen den kommunistischen Agitatoren die notwendige Antwort!

Die Bilanz der Leipziger Messe.

Man sah bei diesjähriger Frühjahrsmesse mit einigem Bedenken entgegen. Die politische Unruhe, das gleichzeitige Zusammenfallen der Messe mit den Parlamentswahlen und andere Umstände ließen auf ein schlechtes Geschäft schließen. Der Verlauf der Messe hat gezeigt, daß die Befürchtungen zum Teil unbegründet waren. Die Zahl der Aussteller war geringer als die im Vorjahre. Im übrigen war ein guter Besuch der Messe zu verzeichnen. Das Inlandsgeschäft als Ganzes genommen, blieb infolge der augenblicklichen Kaufkraftverdränger durch Arbeitslosigkeit usw. stark zurückhaltend. Jedoch bestand in fast allen Branchen der Mustermesse, besonders im lebensnotwendigen Bedarf, sehr großes Interesse. Es wurden Verbindungen angeknüpft, die sich mit besserer Wirtschaftslage praktisch auswirken werden. Die Einkäufer tätigten ihre Abschlüsse hauptsächlich in billigeren Erzeugnissen, wenn auch ein lebhaftes Interesse für bessere Qualitäten in mittlerer Preislage vorhanden war. Bezüglich der Umsätze für die Preisgestaltung konnte man in Leipzig feststellen, daß niemand mehr an weitere Preisrückgänge glaubt. Im Gegenteil fest man starke Hoffnungen auf ein Anziehen der Preise. Die diesjährige Messe zeigte Neubeiten, die durch ihre Preiswürdigkeit und praktische Verwendbarkeit bestritten. Die technische Messe war gut besucht, die ausstellenden Firmen zeigten wahre Triumphe bei Technik. So ist bezüglich des Inlandsgeschäfts von vielen Branchen ein besseres Ergebnis erzielt worden, als erwartet wurde. Als befriedigend wird das Auslandsgeschäft bezeichnet. Rund 15 000 ausländische Einkäufer haben die Frühjahrsmesse besucht. Das Ausland kaufte weniger billige Erzeugnisse, als Fertigwaren in mittlerer Preislage. Kernenergie Abschlüsse kamen zustande in Maschinen, Werkzeugen und technischem Bedarf aller Art. Mehrere Branchen können mit den Erfolgen der Messe zufrieden sein.

Ergebnisse der Kommunalwahlen.

In Preußen wurden am 12. März gemäß der Verfügung alle Gemeindeparlamente neu gewählt. Die Wahlbeteiligung war durchweg erheblich schwächer als am 5. März. In Berlin wurden allein 400 000 Stimmen weniger abgegeben als zur Reichstagswahl. Die Wahlbeteiligung war besonders schwach in den proletarischen Bezirken. Die Kommunisten haben erheblich an Stimmen verloren, während sich die SPD. trotz des Fehlens der Presse gut gehalten hat. Die Nationalsozialisten haben auch Stimmen verloren, jedoch im Verhältnis gewonnen. In folgenden Städten erhielt die NSDAP. die absolute Mehrheit: Breslau, Elbing, Frankfurt a. O., Hameln, Jasterburg, Königsberg, Stettin, Zittau und Wiesbaden. NSDAP. und Schwarz-Weiß-Kot verfügen über die Mehrheit u. a. in folgenden Städten: Berlin, Utona, Neuthen, Brandenburg a. d. S., Erfurt, Frankfurt a. M., Gladbach-Nheydt, Gleiwitz, Görlitz, Halle, Hannover, Herfurt, Kassel, Kiel, Koblenz, Liegnitz, Magdeburg, Potsdam, Remscheid, Siegen und Wuppertal. Keine Regierungsmehrheit besteht in mehreren Großstädten katholischer Gegenden. So u. a. in Aachen, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg-Hamborn, Essen, Hagen, Hamm, Herne, Köln, Münster, Neuß, Neuwied, Oberhausen, Osnabrück, Reddinghausen, Trier, Wanne-Eidel und Wattenscheid. In den meisten Provinzialparlamenten und Kreisparlamenten besteht eine Regierungsmehrheit. Der preussische Staatsrat erfährt ebenfalls eine entsprechende Befestigung. Die parlamentarische Regierungsmacht wird dadurch noch verstärkt.

Vorkapitalistische Landwirtschaft.

Im Osten Berlins hat sich eine Interessengemeinschaft von Kaufleuten gebildet, die ihre Ware gegen andere Ware abgibt. So z. B. bekommt der Schuhmacher für ein Paar Sohlen drei Pfund Fleisch. Der Schneider liefert dem Kolonialwarenhändler einen Anzug und kann dafür eine Zeitlang Waren ohne Bezahlung beziehen. Wenn man derartiges hört, dann sollte man nicht glauben, daß wir im Zeitalter des Hochkapitalismus leben. In der kapitalistischen Wirtschaft lautet die Formel Ware — Geld — Ware. Die Wirtschaftskrise hat uns teilweise wieder in die vorkapitalistische Landwirtschaft zurückgeführt.

Kameraden!

Gebt diese Zeitung auch den Unorganisierten. Klärt die Fernstehenden auf. Werbt für den Verband!